

## Statistik informiert ...

Nr. 111/2005

10. Oktober 2005

### **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003: Steigender Anteil staatlicher Leistungen am Einkommen privater Haushalte in Hamburg und Schleswig-Holstein**

Das Bruttoeinkommen der privaten Haushalte in **Hamburg** belief sich im Jahr 2003 im rechnerischen Durchschnitt auf monatlich 3 438 Euro, das sind 92 Prozent des Durchschnitts der westdeutschen Bundesländer. 63 Prozent dieses Bruttoeinkommens resultierten aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit. Wie das Statistikamt Nord mitteilt, kam fast jeder vierte Euro des Bruttoeinkommens aus öffentlichen Transferzahlungen, das sind staatliche Leistungen wie Renten, Pensionen, Arbeitslosengeld oder -hilfe, Kindergeld, Sozialhilfe oder andere Sozialleistungen. Der Anteil dieser öffentlichen Zahlungen stieg damit seit der letzten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im Jahr 1998 um knapp zwei Prozentpunkte auf nunmehr 24 Prozent.

Einnahmen aus Vermögen und Untervermietung trugen zu gut sieben Prozent zum Haushaltsbruttoeinkommen bei. Hierzu zählen neben Zinsen und Dividenden auch ein so genannter Eigentüermietwert für selbst genutztes Wohneigentum. Gut fünf Prozent entfielen auf nichtöffentliche Transferzahlungen wie Betriebsrenten, Renten aus Lebensversicherungen oder Unterhaltszahlungen privater Haushalte. Rund 77 Prozent dieser Einnahmen verblieben dem hamburgischen Durchschnittshaushalt als Nettoeinkommen, und 2 127 Euro (130 Euro weniger als im westdeutschen Mittel) wurden für den privaten Konsum ausgegeben. Die Sparquote lag mit monatlich 245 Euro bei neun Prozent und damit unter dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer von rund elf Prozent.

In **Schleswig-Holstein** lag das monatliche Bruttoeinkommen der privaten Haushalte im rechnerischen Mittel bei 3 567 Euro und damit bei 96 Prozent des westdeutschen Durchschnitts. Knapp 56 Prozent davon stammten aus selbstständiger und unselbstständiger Arbeit. Mehr als ein Viertel des Bruttoeinkommens stammt aus öffentlichen Leistungen. Der Anteil dieser Transferzahlungen stieg damit seit 1998 um über fünf Prozentpunkte und liegt nunmehr bei fast 27 Prozent. Einnahmen aus Vermögen und Untervermietung einschl. Eigentüermietwert für selbst genutztes Wohneigentum steuerten nahezu zwölf Prozent zum Haushaltsbruttoeinkommen bei. Fast sechs

b.w.

---

– Verbreitung mit Quellenangabe erwünscht –

Statistisches Amt  
für Hamburg und Schleswig-Holstein  
Anstalt des öffentlichen Rechts

Sitz Hamburg  
Standorte: Hamburg und Kiel  
Internet: [www.statistik-nord.de](http://www.statistik-nord.de)

D-20457 Hamburg, Steckelhörn 12  
Telefon: 040 42831-0, Fax: 040 42831-1700  
E-Mail: [poststelle@statistik-nord.de](mailto:poststelle@statistik-nord.de)

D-24113 Kiel, Fröbelstraße 15-17  
Telefon: 0431 6895-0, Fax: 0431 6895-9498  
E-Mail: [poststelleSH@statistik-nord.de](mailto:poststelleSH@statistik-nord.de)

Vorstand:  
Dr. Wolfgang Bick, Dr. Hans-Peter Kirschner

Bankverbindung:  
HSH-Nordbank AG  
BLZ: 210 500 00  
Kontonummer: 1000345057

Prozent entfielen auf nichtöffentliche Transferzahlungen. 80 Prozent dieser Einnahmen verblieben schleswig-holsteinischen Haushalten im Durchschnitt als Nettoeinkommen, und 2 232 Euro wurden für den privaten Konsum aufgewendet, das sind 25 Euro weniger als im Mittel der westdeutschen Bundesländer. Die Sparquote betrug mit monatlich 250 Euro knapp neun Prozent und lag damit fast drei Prozentpunkte unter dem westdeutschen Durchschnitt.

Weitere Ergebnisse zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe finden sich im Statistischen Bericht, (Kennziffer O II), der demnächst als kostenloser Download über [www.statistik-nord.de](http://www.statistik-nord.de) verfügbar sein wird.

**Ansprechpartner:**

Bernd Grocholski-Plescher  
Telefon: 0431 6895-9323  
E-Mail: [wirtschaftsrechnungen@statistik-nord.de](mailto:wirtschaftsrechnungen@statistik-nord.de)